

- Beschlussvorschlag geändert
- Begründung angepasst



Antrag

TOP:
 Vorlagen-Nummer: **VII/2023/06329**
 Datum: 18.01.2024
 Bezug-Nummer.
 PSP-Element/ Sachkonto:
 Verfasser: Eigendorf, Eric
 Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.10.2023	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	18.01.2024	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	18.01.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	31.01.2024 28.02.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Hitzeaktionsplanes

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis April 2024 einen Hitzeaktionsplan für Halle vorzulegen, der insbesondere die folgenden Maßnahmen umfasst:~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Vorlage des Hitzeaktionsplanes künftig fortlaufend vierteljährlich und geschäftsbereichsübergreifend im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung sowie im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss über konkrete Maßnahmen zu berichten, die die Stadt bereits vor Aufstellung des Hitzeaktionsplanes ergreift, um den Gefahren von Hitzewellen für die Bevölkerung zu begegnen. Der Bericht beleuchtet insbesondere die folgenden Maßnahmefelder:

1. Frühwarnsystem: Einrichtung eines Frühwarnsystems, das vor kommenden Hitzeperioden warnt und die Bevölkerung rechtzeitig informiert.
2. Öffentliche Aufklärung: Veröffentlichung von Informationsbroschüren und Online-Ressourcen, die die Bürger:innen über die Gesundheitsrisiken von Hitzewellen informieren und ihnen Ratschläge zur Selbsthilfe geben.

3. Kühlzentren: Identifizierung von öffentlichen Gebäuden, die als temporäre Kühlzentren genutzt werden können, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen.
4. Hitzeschutz für Arbeitnehmer:innen: Ermutigung von Arbeitgebern, flexible Arbeitszeiten und Hitzeschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz einzuführen.
5. Grüne Infrastruktur: Förderung von Maßnahmen zur Schaffung von Grünflächen, Begrünung von Dächern und Fassaden sowie Pflanzung von Bäumen, um die Hitzeinseln in der Stadt zu reduzieren.
6. Gesundheitliche Versorgung: in Kooperation mit den medizinischen Einrichtungen in der Stadt Sicherstellung, dass das Gesundheitssystem auf erhöhte Belastungen durch Hitze vorbereitet ist.

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Begründung:

Hitzeperioden haben sich in den letzten Jahren aufgrund des Klimawandels intensiviert und verlängert. Diese Hitzeereignisse stellen eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Bürger:innen dar.

Mehrere andere deutsche Städte haben bereits Hitzeaktionspläne eingeführt. Diese Pläne zielen darauf ab, die Auswirkungen von Hitzewellen auf die Bevölkerung zu minimieren und die Stadt besser auf extreme Hitzeereignisse vorzubereiten. Eine Liste der Städte, die solche Pläne erfolgreich umgesetzt haben, findet **sich** auf der [Webseite des Deutschen Städtetages](#).

Beispiele für Städte mit Hitzeaktionsplänen sind Berlin, Bochum, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt am Main, Gießen, Karlsruhe, Köln, Mannheim, Nürnberg, Offenbach, Worms und Würzburg. Diese Städte haben konkrete Maßnahmen ergriffen, um ihre Bewohner:innen vor den gesundheitlichen Risiken extremer Hitze zu schützen. Darüber hinaus haben Städte wie Oldenburg, Würzburg, Stuttgart, Dortmund, Düsseldorf, Gießen, Karlsruhe, Krefeld, Heidelberg und Hanau Informationsbroschüren veröffentlicht, die die Bevölkerung über die Gefahren von Hitzewellen aufklären.

Angesichts der Tatsache, dass es in Deutschland etwa 11.500 Kommunen gibt, ist die Anzahl der Städte, die bereits Hitzeaktionspläne haben, noch relativ gering. Es ist jedoch dringend erforderlich, dass auch Halle Maßnahmen ergreift, um sich auf die Herausforderungen des Klimawandels vorzubereiten einen Hitzeaktionsplan erarbeitet.

In ihrer Antwort auf unsere [Anfrage zum Hitzeschutz](#) vom Juni diesen Jahres unterstrich die Stadtverwaltung die gesundheitliche Gefahr von Hitzewellen für die hallesche Bevölkerung. Was die Erstellung eines Hitzeaktionsplanes betrifft, verwies sie auf die fehlende Besetzung der Stelle Koordinator:in umweltbezogener Gesundheitsschutz. Bewerbungsgespräche zur Stellenbesetzung fanden Anfang November 2023 **ohne Ergebnis** statt, **eine Erstellung des Hitzeaktionsplanes kann bis zur Besetzung nicht erfolgen.**